

Zirk. 7.9.93



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

E.B.75.77.20.00.BUL - KD/NJ

Bern, den 6. September 1993

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

MER	SVO
ORG	BOJ
CAN	VOR
GRA	KD
CDO	GRR
ALP	KA

Beil.: Schreiben
H.

Herrn
Arnold Hugentobler
Schweizerischer Botschafter
in Bulgarien
Sofia

Herr Botschafter,

Für Ihr ausführliches Schreiben vom 17. August 1993 zum Thema "Wie kann Bulgarien geholfen werden?" möchten wir uns als erstes recht herzlich bedanken. Derartige Reaktionen aus den Empfängerländern und Stellungnahmen unserer Vertretungen sind für eine Verbesserung unserer relativ jungen Osthilfeprogramme unerlässlich. Wir verstehen Ihre Ausführungen zu den bisherigen Erfahrungen der internationalen Unterstützungsprogramme in Ihrem Residenzland als konstruktive Kritik, der wir gebührende Beachtung schenken werden. Ihre Stellungnahme nach einjährigem Bulgarienprogramm wird uns bei der zukünftigen Auswertung unserer Aktivitäten als äusserst wertvolle Grundlage dienen.

Wir möchten auch diese Gelegenheit nützen, um Ihnen und Ihrer Mitarbeiterin zu danken für die sorgfältige Begleitung unserer Bemühungen und die kontinuierliche Unterstützung an der Front. Die Vertretung in Sofia nimmt dank dem persönlichen Engagement der Botschaftsangehörigen und dank der regelmässigen Berichterstattung eine zentrale Koordinationsfunktion wahr, die unser Büro stark entlastet und für die Sektorleiter von grossem Nutzen ist.

Wir schliessen uns grundsätzlich Ihrem vorläufigem "Fazit" an und streben in der Tat eine verstärkte Koordination auf allen Stufen an: In der Schweiz zwischen BAWI und BZO, im Empfängerland auf der Stufe der Zentralregierung, der regionalen Behörden und der lokalen Partner sowie im Rahmen der G-24 und der Bretton-Woods-Institutionen (BWI) für die Gebergemeinschaft. Es ist bekannt, dass sich die internationale Koordination der Osthilfe relativ schwierig gestaltet, wobei auch die Empfängerregierungen jeweils eine grosse Verantwortung tragen.

Der Bedürfnisnachweis und gutdokumentierte Anfragen aus dem Empfängerland gilt als vorrangiges Kriterium für die Technische Zusammenarbeit (TZ). Beiliegend finden Sie das Grundsatzpapier unseres Büros mit den Kriterien für die TZ (Beilage 1), das vom Interdepartementalen Programmkomitee (IPK) gutgeheissen wurde. Projektanfragen der Begünstigten stehen in der Regel am Anfang der Identifikationsphase, wobei bereits die Erstellung der Projektdokumenta-



tion, die auch Wirtschaftlichkeitskriterien genügen soll, den Partnern Probleme schaffen kann. Deshalb kann es vorkommen, dass bereits in diesem Stadium die TZ im Sinne einer Beratung der Lokalpartner einsetzen muss. Als Beispiele finden Sie einige solcher Anfragen im Landwirtschaftssektor, die wir zur Zeit im Hinblick auf die 2. Phase unseres Programms prüfen (Beilage 2). Für grössere Projekte lassen wir es aber nicht bei solchen formellen Anfragen bewenden, sondern lassen bei Bedarf eine Bedürfnisanalyse durch externe Experten vornehmen. Bei diesen Projektabklärungen spielen die Vor- und Eigenleistungen der Begünstigten eine zentrale Rolle, da sie für die Erfolgsaussichten der Projekte von grundlegender Bedeutung sind. Diese Eigenleistungen umfassen in der Regel ebenfalls eine Mitfinanzierungskomponente (oftmals Uebernahme der Lokalkosten), die vertraglich geregelt wird (vgl. Projektverträge für Mühlenprojekt in Nikolaevo oder Käserei in Smoljan).

Dass die Programme in einer ersten Phase leider trotzdem vom Angebot der Geberländer geprägt sind, scheint uns aufgrund der mangelnden Koordinationsfähigkeit und Managementkapazität in den meisten Empfängerländern und der oft fehlenden privaten Lokalpartner (z.B. NGO's) ein notwendiges Uebel, das von aussen nur begrenzt zu beeinflussen ist. Die Bedürfnisanalyse und Prioritätensetzung ist in Wirklichkeit ein schwieriges, politisch oft heikles Unterfangen, welches die staatlichen Koordinationsstellen der Reformländer überfordern kann. Dass in dieser Hinsicht die bulgarische Regierung grössere Mühe bekundet als andere, trifft nicht zu. In Albanien oder Russland zum Beispiel mussten wir noch viel gravierendere Probleme feststellen. Diese Priorisierung ist aber auch in Staaten wie Polen und Ungarn nicht unproblematisch.

Wir versuchen, mit den beiliegenden Kriterien für die Projektidentifikation und durch eine gemeinsame Projektplanung sowie klare Verpflichtungen der Lokalpartner unsere Projekte möglichst nachfrageorientiert zu konzipieren, um nicht zuletzt auch den TZ-Kriterien der Nachhaltigkeit und der Hilfe zur Selbsthilfe zu genügen.

Gleichzeitig müssen uns aber die erwähnten Kriterien auch erlauben, kurzfristig und unbürokratisch auf spontane Kleinaktionen zu reagieren. Kleinere Projekte, die Goodwill schaffen, dürfen nicht auf die Goldwaage gelegt werden.

Ohne auf die komplexe Frage der Konditionalität der Osthilfe und die langwierige Good-Governance-Diskussion in den Entwicklungsländern eingehen zu wollen, möchten wir unsererseits betonen, wie wichtig die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Erfolg jeglicher Zusammenarbeit mit Bulgarien sind. Auch in diesem Punkt sind allerdings unsere Einflussmöglichkeiten als kleines Geberland sehr beschränkt. Dieses Problem belegt einmal mehr den marginalen Stellenwert der Auslandhilfe in bezug auf die nationale Politik eines Reformlandes, wie dies von Premierminister V. Klaus, den Sie zitieren, sehr trefflich analysiert wird. Das CG-Meeting vom 12./13.5.1993 in Brüssel hat aber aufgezeigt, dass unter der Leitung der BWI und der EG ein Policy Dialog mit der bulgarischen Regierung möglich und sinnvoll ist. Sicher geht es dabei um eine langfristige Übung, die entsprechende Geduld und Bescheidenheit auch unsererseits voraussetzt.

Die Frage der Wirkung unserer Unterstützung beschäftigt uns ebenfalls seit dem Beginn der Osthilfeaktivitäten. Wir haben deshalb anfangs 1992 ein Evaluationsprogramm mit externen Experten begonnen. Aus naheliegenden Gründen hat sich die bisherige Evaluation auf Ungarn und Tschechien/Slowakei konzentriert. Es wäre bestimmt verfrüht, das Bulgarienprogramm bereits nach einem Jahr evaluieren zu wollen, da sich die grösseren Projekte erst in der Realisierungsphase befinden. Die Kriterien, die den Evaluationen zu Grunde liegen, stellen u.E. keine beson-

deren Probleme. Es geht uns in erster Linie um Effizienz-, Effektivitätsüberlegungen sowie um den Impakt unserer Projekte vor Ort.

Im übrigen ist die erwartete Wirkung unserer Programme auch im Zusammenhang mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu sehen. Mit einem TZ-Budget von rund 2,5 Mio. Franken für 1993 lassen sich die bulgarischen Reformbemühungen nur punktuell beeinflussen. Die Konzept- und Evaluationsfragen sind demnach auch im Verhältnis zu diesen Zahlen zu betrachten.

Es stimmt nicht, dass aus zeitlichen Gründen keine Diskussion über die Koordination der Technischen Zusammenarbeit anlässlich des CG in Brüssel stattgefunden hat. Im Gegenteil, die Debatte war auf der Grundlage des fundierten Papiers von Herrn M. Wiehen, Weltbank, für die meisten Delegationen sehr anregend und fruchtbar. Die Koordinationsprobleme wurden aber - mit Ausnahme einiger Donors und NGO's, die sich von einer Regierungsstelle nicht unterordnen lassen wollen - in erster Linie auf bulgarischer Seite identifiziert und entsprechende Massnahmen wurden vorgeschlagen (s. Reisebericht BAWI vom 24.5.1993). Die Diskussion hat uns gleichzeitig gezeigt, dass die Schweiz im internationalen Vergleich - in Sachen Auszahlungen, Transparenz und Koordination - relativ gut dasteht. Wie Sie wissen, haben wir uns im Rahmen der G-24 immer wieder für eine wirksame Koordination eingesetzt.

In Brüssel konnte unser Büro ebenfalls erstmals einen direkten und informellen Kontakt mit Herrn Gogov vom bulgarischen Finanzministerium aufnehmen. Zweifellos wird diese Koordinationsstelle auch für das EDA als Ansprechpartner auf Regierungsebene dienen. Die bilateralen Diskussionen mit der bulgarischen Koordinationsstelle stehen allerdings (aufgrund mangelnder zeitlicher Disponibilitäten bei uns und auch bei den Bulgaren) noch am Anfang - ebenso wie unsere Programme. Sicher gilt es in Zukunft diesen Dialog zu vertiefen. Gerne würden wir auch hier auf die Unterstützung der Botschaft zurückgreifen.

Dass die schweizerische Unterstützung in Bulgarien nach einjähriger Anlaufzeit noch nicht problemlos verläuft, ist uns klar. Mit der u.E. etwas kurz geratenen Analyse des bisherigen bilateralen Programms und der diesbezüglichen Instrumente sind wir nicht einverstanden: Ueber unsere TZ-Projekte finden Sie in der Beilage eine aktualisierte Liste, die Ihnen auch im Hinblick auf das G-24-Treffen in Sofia vom 16.9.1993 nützlich sein könnte (Beilage 3). Gemäss unseren Informationen laufen die Projekte, die zur Zeit realisiert werden, relativ gut. Von den grösseren Projekten (Landwirtschaft, Gesundheit, Managementausbildung, Justizreform) ist einzig das Transfer-Projekt gefährdet. Die diesbezüglichen Probleme liegen aber nicht in Bulgarien, wo das Projekt noch gar nicht verwirklicht wird, sondern in erster Linie in der Schweiz und wirken sich v.a. auf das zweijährige Transfer-Programm in der ex-CSFR aus. Ansonsten traten z.T. zeitliche Verzögerungen auf sowie Probleme mit einzelnen Lokalpartnern, die wir nicht besonders dramatisch einschätzen und die Situation in den meisten Oststaaten kennzeichnen.

Die beiliegende Projektliste zeigt ferner auf, dass in Bulgarien bislang nur sehr wenige Projekte tatsächlich realisiert wurden (s. KAT muss). So befinden wir uns etwa im Umwelt- und Politikbereich noch weitgehend in der Identifikationsphase. Als vielleicht erste Erfahrung lässt sich somit feststellen, dass sich Bulgarien - nicht zuletzt aufgrund der bekannten politisch-wirtschaftlichen Unsicherheiten und der mangelnden Erfahrungen - für die Vorbereitung von Projekten als schwieriges Pflaster erweist. Wir ziehen aus dieser Situation den Schluss, dass angesichts der begrenzten Absorptionsfähigkeit Bulgariens, die Geberländer nicht nur Gelder zur Verfügung stellen müssen, sondern vermehrt eine Unterstützung bei der konkreten Umsetzung der Massnahmen auf Projektebene leisten sollten.

Mit den Verbesserungsvorschlägen für die Zukunft sind wir zu einem Grossteil einverstanden, insbesondere was die Fragen der sektoriellen und geographischen Konzentration, die Synergieeffekte oder den politisch sensiblen Bereich der Demokratisierung und des Staatsaufbaus angeht. Wir hoffen, dass sich möglicherweise ein geographischer Schwerpunkt des TZ-Programms in der Region Lovec entwickeln wird und dass sich mittelfristig dort interdisziplinäre Ansätze verwirklichen lassen. Wie Sie wissen, spielen aber auch in diesem Kontext verschiedene Faktoren eine Rolle.

Wir sind auch um eine bessere Koordination und Kohärenz unserer Massnahmen bestrebt. Als zentrales Instrument hierzu sehen wir verstärkte länderspezifische Absprachen zwischen BAWI und BZO und die gemeinsame Erarbeitung von Länderprogrammen. Was das angebliche Bonner Vorbild in Sachen Koordination der Osthilfe betrifft, möchten wir in Erinnerung rufen, dass in Deutschland bis kürzlich nicht weniger als 17 Ministerien daran beteiligt waren.

Auch wenn wir uns dem Motto "trade not aid" durchaus verpflichtet fühlen, so sollten wir uns nicht durch Vereinfachungen und Schlagworte verleiten lassen. Wir können uns vor allem Ihren Schlussfolgerungen nicht anschliessen, dass die TZ zugunsten der Finanzhilfe und einer nicht näher definierten Investitionsförderung zu kürzen wäre:

- Einerseits ist erfahrungsgemäss der staatliche Einfluss auf Privatinvestitionen sehr bescheiden. Wie Sie richtig hervorheben, sind auch hier die Hindernisse und Rahmenbedingungen in den Empfängerländern von zentraler Bedeutung. Es müssen u.E. in einer ersten Phase die Restrukturierungs-, Privatisierungs- und Dezentralisierungsbemühungen im Rahmen der Reformen gefördert werden, wenn später private Finanzflüsse stimuliert werden sollen. Bei der Schaffung günstiger Voraussetzungen für den Privatsektor kann und soll die TZ einsetzen.
- Andererseits garantieren Privatinvestitionen, Zahlungsbilanz-, Finanzhilfen und Kreditgarantien noch keinen Strukturwandel vor Ort. Strukturelle und sektorielle Anpassungen stehen aber im Zentrum der TZ-Programme. Mit Ausnahme etwa der polnischen und tschechischen Schocktherapien zeigen die Erfahrungen, dass es sich dabei in der Regel um langfristige Prozesse handelt. In diesem Sinne verstehen wir die TZ in der Osthilfe als komplementär zu den o.g. aussenwirtschaftlichen Instrumenten. Wie ferner die Erfahrungen aus der Dritten Welt zeigen, besteht die Gefahr, mit allzu grosszügiger Finanzhilfe à fonds perdu allenfalls bestimmte Strukturen zu erhalten. Solange keine gesunde strukturelle Basis existiert, können sich die Empfängerländer für Auslandsinvestitionen als Fass ohne Boden entpuppen.

Die Strukturreformen in Bulgarien stehen noch am Anfang, respektive haben sich in den letzten Monaten merklich verzögert. Deshalb erachten wir gezielte, bedürfnisorientierte TZ-Massnahmen weiterhin als vordringlich.

Erlauben Sie uns, abschliessend noch kurz zu einzelnen Punkten Stellung zu nehmen:

- Dass sich der Druck in Rezessionszeiten auf Bundessubventionen erhöht, möchten wir nicht in Abrede stellen. Wir sind tagtäglich mit diesem Problem konfrontiert. In den Botschaften, in der Verordnung und im Entwurf zu einem Bundesbeschluss über die Osthilfe wird aber die Zielsetzung unseres Programms klar umschrieben: Es geht um die Unterstützung der Reformbemühungen in Ost- und Mitteleuropa und nicht um schweizerische Experten- und Exportförderung. Für letzteres gibt es geeignetere Instrumente als die Osthilfe-Rahmenkredite. Der Druck auf die Verwaltung scheint uns insbesondere im Wirtschaftsbereich beträchtlich,

wie dies etwa die Lobbying-Aktivitäten schweizerischer Exportfirmen belegen, die nicht davor zurückschrecken, bulgarische Minister einzuladen...

Im TZ-Bereich möchten wir v.a. den von Ihnen überwerteten Druck der Konsulenten-Lobbies relativieren. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen sind die Experten noch kaum in Verbänden organisiert, verfügen über eine geringe politische Basis und vermögen in Wirklichkeit nur marginal Druck auszuüben.

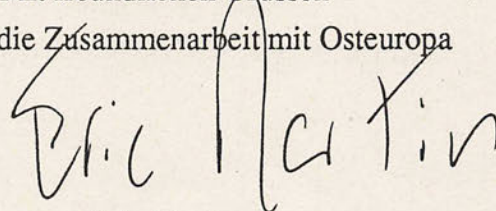
- Das Problem der Konsulenten-Lobbies im Rahmen des Phare-Programms, welches immerhin zwölf der bedeutendsten Geberländer koordinieren soll, erachten wir als Einzelfall, der für unsere Arbeitsweise nicht charakteristisch ist.
- Was die Transparenz der Abrechnungen und Buchhaltungen der Konsulentenbüros betrifft, können Sie sich auf die verwaltungsinternen Richtlinien und Verordnungen u. a. der Eidgenössischen Finanzkontrolle verlassen, welche diese jederzeit gewährleistet.
- Eine allfällige Zusammenarbeit mit den US-Volunteers wurde geprüft: Wir haben diesem Angebot keine Folge geleistet, da wir zur Auffassung gelangt sind, dass in Ostländern nur spezialisierte Fachleute eingesetzt werden sollen und sich diese Organisation als Trägerorganisation für unsere Projekte wenig eignet.

Wir hoffen, mit diesen Angaben einige Fragen vorläufig geklärt zu haben. Wie einleitend erwähnt wurde, stossen allfällige - auch kritische - Feedbacks der Botschaft auf grosses Interesse an der Zentrale. Im Bestreben, unsere Programme schrittweise zu konsolidieren und zu verbessern, sind solche Zwischenbilanzen im Sinne einer Erfahrungsauswertung unentbehrlich. Es würde uns somit freuen, diese Diskussion weiterzuführen.

Wir führen einige der obgenannten Missverständnisse auf ein gewisses Informationsdefizit bei der Botschaft über unsere Arbeitsweise zurück und sind gerne bereit, bei Bedarf dem Informationsbedürfnis der Vertretung verstärkt Rechnung zu tragen. Als Einstieg würden wir es beispielsweise begrüßen, wenn ein Vertreter der Botschaft an den Abklärungen im Agrarsektor für die 2. Phase teilnehmen könnte. Eine diesbezügliche Mission ist vom 3. bis 8. Oktober 1993 vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen

Büro für die Zusammenarbeit mit Osteuropa



Eric Martin

Beilagen:

- Allgemeine Kriterien für die Technische Zusammenarbeit
- Beispiele von Projektanfragen
- Liste TZ-Projekte

Kopie an:

- KE, VDF, MER, VOR, NB, KD
- BZO- Zirkulation
- BAWI: ARI, HAD

Minister Eric Martin, EDA, Zus. mit Osteuropa

SCHWEIZERISCHE VERTRETUNG
REPRESENTATION SUISSE
in/à S O F I A

Vorse
DER
CAN/ORE

bille besprechen

An	MER	10					
Datum	20/8						
Visa	Ne/						
EDA		20.08.93	15				
Ref. E.B. 75.77. 20.00 BUL							

Herrn
Botschafter Franz von Däniken
Chef der politischen Abteilung I

Bern

Ihr Zeichen	I/Nachricht vom	U Zeichen	Datum
Votre Référence	V/Comm. du	N/Référence	Date

771.22 - HTR/RJ 17.8.1993

Gegenstand/Objet: Wie kann Bulgarien geholfen werden?

Herr Botschafter,

Drei Jahre nach dem Umsturz, der die demokratischen Kräfte ins Parlament aber nicht an die wirtschaftliche Macht brachte, stellt sich diese Frage mit einiger Schärfe.

Unter den Mitgliedern der G-24 und in bulgarischen Kreisen selbst wird das Problem erörtert. Der hiesige Vertreter der EG musste sich so kürzlich der Frage stellen:

"According to the Bulgarian government, only 3 % of the money earmarked for the country directly benefitted Bulgarian industry. Do you believe this is an accurate figure?"

Als Erwiderung gab der EG Vertreter zu bedenken, im gegenwärtigen Stadium bestehe die Hilfe eben gerade nicht in einem Ressourcen - sondern vielmehr in einem unsichtbaren Know-How Transfer. Aber auch in diesem Bereich geben die Bulgaren immer mehr zu verstehen, sie seien mit Consultants aller Art und Qualität überschwemmt.

- 2 -

Auch uns stellt sich das Problem.

Sie erhalten in der Beilage eine aufschlussreiche Stellungnahme meiner ersten Mitarbeiterin zu diesem Thema, das dank ihrem Einsatz auf der Traktandenliste einer der nächsten Treffen der hiesigen G-24 Gruppe figuriert (siehe in diesem Zusammenhang auch den letzten Abschnitt).

Ganz allgemein ist zu bemerken, dass die Frage des Nutzens und der Beurteilung der Hilfe von aussen bereits aus der allgemeinen Nord-Süd-Entwicklungszusammenarbeit bekannt ist, samt all den damit zusammenhängenden wirtschaftlichen und politischen Implikationen, inbegriffen das dornige Problem des "good governance".

Die Erwartungen, die an Hilfe für die bisherigen Ostblockländer gestellt wurden, sind allerdings von anfang an wohl höher geschraubt worden; man wusste sich auf dem gleichen Kontinent und rechnete mit rationaler Motivation, übersah aber, dass der "homo oeconomicus" diesseits nicht mehr bzw. noch nicht existiert.

Dazu kommt, dass die Hilfskonzepte zuerst einmal von gut meinenden Politikern und Wirtschaftsleuten ausgearbeitet wurden; es kam zu einem Ueberhang an supply-sided Aktivität, wie es in einer Stellungnahme von M. Wiehen von der Weltbank heisst (siehe Annex),

"As a result, many "supply driven" technical assistance (TA) activities - that respond more to the pressure of well-intentioned donors to define those needs as they see them rather than to real demands on the Bulgarian side - have been undertaken."

"Policy advisers are also sometimes seen to be ineffective, sometimes competing and overlapping and operating outside a clear strategic sectoral framework. These complaints suggest that corrective action needs to be taken on a variety of fronts, to increase the effectiveness of TA."

- 3 -

"Fortunately, this is beginning to change as the Government understands the complex process of the transition to a market economy and is better able to define TA needs in the various sectors."

Der letzte Satz ist gegenwärtig noch mit einem Fragezeichen zu versehen.

Eine der treffendsten Stellungnahmen zum Problem machte der tschechische Ministerpräsident, Dr. Vaclav Klaus, im SKA Bulletin 7-8/93 "Zehn Gebote für einen radikalen Systemwechsel". Gerade aus hiesiger Sicht ist dieser Beitrag als Pflichtlektüre zu betrachten.

"Der Beitrag der Auslandhilfe zum Transformationsprozess ist bestenfalls marginal; die Reformarbeit muss im eigenen Lande geleistet werden. Wir hatten bald einmal begriffen, dass das Betteln um Auslandhilfe in der zunehmend egoistischen und protektionistischen Welt des ausgehenden 20. Jahrhunderts ein nutzloses Unterfangen darstellt. Drei Jahre Alltagserfahrung mit den Widersprüchlichkeiten der Auslandhilfe bestätigen die schlimmsten Beobachtungen, wie sie heute in jedem kritischen Standardwerk über die Entwicklungshilfe angeführt werden."

"Die entscheidende Rolle interner Faktoren und der begrenzte Einfluss der Auslandhilfe und ausländischer Experten wurde bereits erwähnt. Trotzdem ist die äussere Dimension von grösster Bedeutung, aber in einem anderen Sinne. Was wir vom Ausland wirklich erwarten, sind Handel und Austausch."

Ein Grund, die Hände in den Schoss zu legen? Nein.

- 4 -

Seien wir klar darüber, Entwicklungshilfe im einstigen Ostblock ist wichtig zur Stärkung dieser Länder als Wirtschafts- und Handelspartner, (die notabene unter kommunistischen Regimes nicht unbedeutende Abnehmer von Waren darstellten und denen zum Teil bedeutende Kredite angeboten wurden, über deren Rückzahlung nun in den Pariser und Londoner Clubs verhandelt wird) und darüber hinaus als Beitrag zur demokratischen und sozialen Entwicklung und damit zu unserer eigenen Sicherheit.

In grösserem Zusammenhang können die Hilfegelder ja auch gar nicht verloren gehen; die Frage ist nur, was bewirken sie: die Finanzierung unserer eigenen Ratgeber und ihrer Büros, unserer eigenen Industriefirmen oder die Stimulierung der wirtschaftlichen und demokratischen Aktivität in den Empfangsländern?

Auf dem Verhältnis der beiden Komponenten beruht je nach dem die Beurteilung des Ergebnisses. Es ist wahrscheinlich unvermeidlich, dass in der Anfangsphase die erste Komponente überwiegt. Im weiteren Verlauf der Aktion sollte aber mehr die zweite Komponente mit ihrem Multiplikator-Effekt zum Tragen kommen.

Soweit sind wir in Bulgarien noch nicht. Warum?

Es fehlen auf allen Ebenen Koordinationsorgane, die mit Sachverstand die ausländischen Angebote prüfen, selektionieren und die sich als ernstzunehmende Partner erweisen.

Ist das Fehlen einer sachverständigen Empfängerstruktur vielleicht ein Hinweis darauf, dass die bisherige Hilfe in bulgarischen Augen einen so marginalen Stellenwert einnimmt, dass sie gar nicht ernstgenommen wird?

- Wie gemäss hiesigen diplomatischen Beobachtern die humanitäre Hilfe im schwierigen Winter 1990/91 von Regierungsseite eher à contre coeur entgegengenommen wurde.

- 5 -

Daher wäre als vorläufiges Fazit folgendes zu beachten:

- die Hilfegeber müssen Ihre Bemühungen, am besten koordiniert durch die G-24, fortsetzen, auf allen Stufen in der Staats- und Gemeindeverwaltung wie auf der Ebene privater Organisationen Partner zu verlangen, die einerseits die Uebersicht über die Bedürfnisse (und das Angebot) besitzen und mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet sind.

- dass besonders die TZ auf der Grundlage bulgarischer gutdokumentierter und finanziell spezifizierter Gesuche angeboten wird, also weniger ein "supply sided" sondern viel mehr "demand oriented approach".

Ich bin mir bewusst, dass dieses Vorgehen manchen Hilfespezialisten verstimmen dürfte. Es entspricht aber dem Grundsatz, dass unser Beitrag mit seinem beschränkten finanziellen Rahmen Hilfe zur Selbsthilfe sein soll. Dass sich damit die bereitgestellten Mittel unter Umständen nicht alle in den dafür vorgesehenen kurzen Fristen einsetzen lassen, dürfte angesichts unserer eigenen angespannten Finanzlage kein Unglück sein.

* * *

Vos commentaires seront utiles pour la séance du G-24, qui devrait se tenir le 16.9. On peut espérer que cette discussion sera d'autant plus fructueuse que M. Wiehen de la Banque mondiale avait souhaité soulever la question en vue d'une discussion du G-24 lors de la réunion du Groupe consultatif de la Banque mondiale des 12 - 13 mai 1993 à Bruxelles. (Vous trouverez une copie de

- 6 -

son exposé en annexe.) Cette discussion n'a hélas pas eu lieu
faute de temps.

* * *

Mit freundlichen Grüßen

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

A. Hugentobler

Beilagen erwähnt: 2

Kopien

- Minister Erich Martin, Zusammenarbeit mit Osteuropa
- Botschafter S. Arioli, BAWI